

## ÖWW Plenum am 17.Nov. 2015

### 1. Bericht der Heimleiterin Frau E. Plicht

- Zur Zeit ist die Erstaufnahmeeinrichtung mit 61 Personen belegt, die hauptsächlich aus Syrien stammen.
- Es gab Klagen über das Essen, die in einer Art Hungerstreik endeten. Es wurde vereinbart, solche Probleme künftig durch verbesserten internen Dialog zu vermeiden.
- Es wurden von Externen gut angenommene Kulturprogramme angeboten (Besuch des Zirkus Mondeo, Auftritt einer Gruppe von Schauspielschülern).
- Die Deutschkurse im Heim und in der Baptistengemeinde laufen gut, 10 Männer gehen regelmäßig zum Sport, die Kinder werden 1x wöchentlich zur Jugend- und Freizeiteinrichtung im ehem. Rathaus Wannsee gebracht.
- Die Kleiderkammer im Heim wird sehr engagiert betrieben, es gibt aber eklatante Platzprobleme, Bedarf besteht auch bei der personellen Unterstützung und bei der Organisation insgesamt.
- Die Gruppe „Alltagsbegleitung“ (Ämter, Wohnungssuche) konnte mangels Beteiligung noch nicht sehr aktiv werden, hier sind die Anforderungen an ein Engagement besonders anspruchsvoll.

### 2. Bericht der Steuerungsgruppe

- Die Steuerungsgruppe, die alle ÖWW-Aktivitäten koordiniert, setzt sich zusammen aus
  - Je 1 Koordinator der 4 Arbeitsgruppen,
  - je 1 Vertreter der drei Wannsee-Gemeinden (Pfr. Raddatz, Pfr.Hoefs, G. Keichel)
  - S. Overmann, H.Krech.
- Der Bezirk plant die Unterbringung weiterer Flüchtlinge in Wannsee.
  - bis zu ca. 70 unbegleitete Jugendliche ab Mitte November, betreut durch Zephir e.V. Bedarf besteht hier an Deutschunterricht, Alltagsbegleitung, sowie an Freizeit- und Sportangeboten.
  - ca. 300 Flüchtlinge im Bettenhaus Am Heckeshorn ab Mitte Dezember 2015,
  - ca. 600 Flüchtlinge in der ehem. Lungenklinik Heckeshorn ab Mitte 2016.

Am 25. November um 19:30 h wird der Bezirk in der Baptistenkirche auf einer Bürgerversammlung informieren.

- Die Einrichtung einer Halbtagsstelle wird vorbereitet, um die Tätigkeiten des ÖWW zu unterstützen, zu verstetigen und um eine verlässliche Präsenz sicherzustellen. Stellenprofil und Tätigkeitsbeschreibung werden abgestimmt, die Finanzierung bedarf noch der Klärung.
- Das Angebot einer Supervision für im ÖWW engagierte Ehrenamtliche durch die Leiterin des Hospizes ist in Vorbereitung.
- Eine Dame ist bereit, sich im Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation zu engagieren.
- Zur künftigen Organisation der Tätigkeiten in den Arbeitsgruppen und für die interne Kommunikation werden drei DV-Plattformen untersucht: [www.volunteer-planner.org](http://www.volunteer-planner.org), [www.schnell-helfen.de](http://www.schnell-helfen.de) und [www.HelpTo.de](http://www.HelpTo.de). Eine Entscheidung soll möglichst bald

# ÖWW ÖKUMENISCHES WILLKOMMEN WANNSEE

getroffen werden. Wichtig wäre, dass das Heim die Plattform ebenfalls aktiv nutzt, um regelmäßige / einmalige Bedarfe frühzeitig transparent zu machen.

- Auf dem Weihnachtsmarkt am 29.11.2015 an der Kirche am Stölpchensee wird das ÖWW an einem der Stände präsentiert werden.

### 3. Berichte der Koordinatoren

- Sprache, Schule, Bildung (D.Lauscher): z.Zt 20 Freiwillige, gut organisiert. Kurse im Heim, in der Wannsee-Schule und in der Baptistengemeinde. Schwierigkeiten im volunteer-planner, z.B. mit Meldungen, bei denen die e-mail Adressen keinen Rückschluss auf den wirklichen Namen zulassen (z.B. keine Nachfragen möglich bei Nichterscheinen). Stattdessen wird in der Sprachgruppe mit einer Excel-Liste gearbeitet. Die fest eingeteilten Tagespläne (Kontinuität) werden als pdf-Dateien in die Gruppe gegeben.
- Alltagsbegleitung, Begleitung bei der Wohnungssuche (R. Uckeley): Gruppe sehr klein. Deshalb und wegen oft sehr kurzfristiger Anfragen aus dem Heim kaum aktiv. Gruppe jedenfalls zu klein, um auch noch Patenschaften zu übernehmen.
- Sport, Freizeit (R. Meißner):
  - Am Leichtathletiktraining des TuS Wannsee nehmen mittwochs bis zu 10 Männer teil.
  - Die Kinder nehmen an den Ferienprogrammen der Schulen teil. Sie werden 1x pro Woche ins JFZ im Rathaus Wannsee gebracht.
  - Der Fußballverein Babelsberg hat die kostenlose Teilnahme am sonntäglichen Training angeboten. Hierfür wären allerdings BVG-Fahrkarten für den Bereich C erforderlich.
  - Für die kurzfristige und spontane Begleitung zu Freizeit-Veranstaltungen werden noch Freiwillige gebraucht.
- Café, Begegnung (M. Tesch): Nach wie vor findet der Freitagstreff statt, idR in der Baptistengemeinde, hin und wieder auch in der ev. Kirchengemeinde. In Zukunft stellt das Heim das Essen zur Verfügung – es muss nur abgeholt werden -, es wird dann nur noch durch Obst, Süß- und Knabberwaren sowie Getränke ergänzt. Um immer neue Einweisungen zu vermeiden, wäre ein konstantes Team von Helfern, die jeweils festgelegte Aufgaben übernehmen, wünschenswert. Bei stark steigenden Flüchtlingszahlen wird die Einrichtung eines Cafés im Jugend- und Freizeitzentrum und auch in den künftigen Heimen überlegt.

### 4. Interne Beratungen der Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen zogen sich für ca. 30 Minuten zu internen Beratungen zurück. Die wesentlichen Ergebnisse:

- Alltagsbegleitung, Begleitung bei der Wohnungssuche (R. Uckeley): Die Gruppe hat sich verdreifacht. Die Organisation muss über die zu bestimmende DV-Plattform laufen. Die Begleiter müssen keine bestimmten fachlichen Anforderungen erfüllen, sollten aber passable Englischkenntnisse haben. Die Gruppe hat verabredet, einen monatlichen Stammtisch einzurichten. Für Patenschaften sollte eine eigene Arbeitsgruppe gebildet werden. Bis zur Entscheidung über eine neue DV-Plattform werden Frau Plicht und Frau Döring dringend gebeten, ihre kurzfristigen Anforderungen zu den Begleitungen in den volunteer-planner zu stellen, damit die einzelnen Gruppenmitglieder sich direkt melden können.

# ÖWW ÖKUMENISCHES WILLKOMMEN WANNSEE

- Sprache, Schule, Bildung (B. Jochum-Mann): Die Gruppe hat feste Teams pro Wochentag gebildet. Deutschunterricht wird angeboten:
  - täglich außer mittwochs im Heim von 11 – 12 Uhr
  - mittwochs 11-13 Uhr in der Baptistengemeinde, 16:30 – 17:30 h im Heim,
  - Di und Do von 16:00 – 17:30 h in der Wannsee-Schule (Herr Veit).Die Kurse für unbegleitete Jugendliche sollen bald verabredet werden. Die Einrichtung eines regelmäßigen Stammtisches ist eine gute Idee. Ehrenamts-Ausweise werden angeregt. In der Diskussion wird vorgeschlagen, diese an die erweiterten Führungszeugnisse zu koppeln, die über die ev. Kirchengemeinde beantragt werden können und von allen Ehrenamtlichen auch beantragt werden sollten.
- Sport, Freizeit (R. Meissner): Die Gruppe scheint kleiner geworden zu sein, was natürlich problematisch ist. Man wird sich um Angebote auch an Frauen und Mädchen, um Taizé-Gesänge, eine Kooperation mit dem Mittelhof, um die Organisation von Stadtrundfahrten, Verkehrsschulungen und den Besuch von Weihnachtsmärkten bemühen.
- Café, Begegnung (M. Tesch): Die Gruppe kann erfreulicherweise einige Neuzugänge verzeichnen. Für die Freitagstreffe wird kein Personentransport vom Heim und zurück mehr organisiert, Ausnahme: 1 Auto für das Essen und für Gebrechliche. Ein 2. und auch 3. Einkaufsteam sollte gebildet werden. Für das offene Feuer wird Feuerholz benötigt. Problematisch sind die nicht identifizierbaren elektronischen Meldungen auf der DV-Plattform. Alle Freiwilligen sollten für Nachfragen um eine eindeutig identifizierbare Kontaktadresse gebeten werden.
- In der Diskussion taucht die Frage nach der Versicherung der Ehrenamtlichen, aber auch der Flüchtlinge auf. Die Ehrenamtlichen, die im Auftrag der drei Gemeinden tätig werden (das sind alle in den Arbeitsgruppen organisierten Ehrenamtlichen) sind über die Gemeinden versichert. Die Flüchtlinge sind kranken- und unfallversichert, wenn sie einen Krankenschein haben. Eine Notfallversicherung ist in jedem Falle sichergestellt.

## 5. Information über die Gesetzeslage

Frau Nora Brezger, die Flüchtlingsbeauftragte der Kirchkreises Teltow-Zehlendorf, gab eine Übersicht über die aktuelle Flüchtlings-Gesetzgebung. Eine Zusammenfassung findet sich im Anhang.

*Helmut Krech*

## Anhang

### Geltende Gesetze

- Asylverfahrensgesetz, NEU: Asylgesetz
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Aufenthaltsgesetz
- EU-Richtlinien
- Dublin III-Verordnung

### Neu

- **Finanzhilfe für Länder und Kommunen**  
Ab 2016 zahlt der Bund für jeden Flüchtling eine Pauschale von 670 Euro pro Monat.
- **Sichere Herkunftsländer**  
Drei weitere Balkanstaaten werden als sicher eingestuft: Albanien, Kosovo und Montenegro – damit können Flüchtlinge aus diesen Ländern schneller abgeschoben werden.
- **Sozialleistungen**  
In Erstaufnahmeeinrichtungen sollen künftig wieder vorrangig Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Auch in anderen Gemeinschaftsunterkünften soll das möglich werden. Erstmals sollen Leistungskürzungen festgeschrieben werden, wenn zur Ausreise aufgeforderte Ausländer bleiben.
- **Beschäftigungsverbot**  
Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, die nach dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben, haben ein Beschäftigungsverbot. Es gilt während des Verfahrens und bei Ablehnung des Antrags.
- **Kein Geld nach Ausreisetermin**  
Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde, und die ihren Ausreisetermin verstreichen lassen, erhalten ab diesem Zeitpunkt keinerlei Geld mehr und in Form von Sachleistungen nur noch das Nötigste für Unterkunft, Ernährung und Körperpflege.
- **Schnellere Abschiebungen**  
Die Bundesländer dürfen Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern nur noch für drei Monate aussetzen. Flüchtlingen, die ihren Ausreisetermin haben verstreichen lassen, wird der Abschiebetermin nicht mehr vorher angekündigt. So soll ein Untertauchen verhindert werden.
- **Wartezentren**  
Der Bund übernimmt die Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die Länder und richtet Wartezentren für Neuankömmlinge ein.
- **Erstaufnahmezentren**  
Bund und Länder haben sich darauf verständigt, 150.000 Erstaufnahmeplätze zu schaffen
- **Beschleunigung beim Bau neuer Unterkünfte**  
Zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften sollen gesetzliche Hürden abgebaut werden. Unter anderem sollen Baustandards ausgesetzt werden, etwa bei Standorten der Unterkünfte sowie beim Einsatz erneuerbarer Energien oder beim Wärmeschutz.
- **Verlängerung der Erstaufnahme von drei auf sechs Monate**

# ÖWW ÖKUMENISCHES WILLKOMMEN WANNSEE

Ziel von Bund und Ländern ist es, Asylverfahren bereits während des Aufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung zu beenden. Abgelehnte Asylbewerber sollen bereits von dort abgeschoben werden.

- **Gesundheitskarte**  
Sie soll Flüchtlingen einen Arztbesuch ohne vorherige Bürokratie ermöglichen. Die Einführung bleibt den einzelnen Ländern überlassen. Sie dürfen Krankenkassen verpflichten, die Krankenbehandlungen zu übernehmen. Dabei haben Flüchtlinge nur Anspruch auf Behandlung akuter Krankheiten und Schmerzen.
- **Integrationshilfen**  
Der Bund will die Integrationskurse für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive öffnen. Auch die berufsbezogenen Deutschkurse sollen ausgeweitet werden. Zudem sollen sich Jobcenter frühzeitig um die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bemühen.
- **Legale Zuwanderung**  
Für Migranten aus Balkan-Staaten will die Bundesregierung eine legale Einwanderung ermöglichen. Einreisen darf, wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag zu geltenden tarifvertraglichen Bedingungen hat. Bedingung ist, dass die Migranten in den zwei Jahren vor Einreise keine Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben. Einen Wechsel vom Asyl zur Arbeitszuwanderung soll es nicht geben.